



Geschäftsbericht 2022

1. Sozialpolitische Schwerpunkte, Vernehmlassungen und Anhörungen

Am 24. Februar 2022 begann Russland einen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dieser löste eine grosse Fluchtbewegung aus, zunächst vor allem nach Polen. Doch auch die Schweiz spürte schnell die Folgen des Kriegs in Europa.

Der Status S wurde vom Bund erstmals aktiviert. Bis Anfang April 2022 beantragten bereits rund 20'000 Personen aus der Ukraine Status S. Bis Ende Jahr waren es rund 75'000. Zu Beginn war völlig unklar, wie viele Geflüchtete in den Städten lebten. Denn Ukrainer/innen können ohne Visum einreisen, sind in den ersten 90 Tagen nicht meldepflichtig und hatten eine hohe geografische Mobilität.

Erstmals nahm der Bund (via Hilfswerke) Direktplatzierungen in Gastfamilien – und damit in Gemeinden – vor, zumeist ohne diese darüber zu informieren. In der Anfangsphase übernahmen verschiedene Erstankunfts-Städte, so zum Beispiel Zürich, Aufgaben der Bundesasylzentren, da der Bund und seine Institutionen völlig überlastet waren.

Der Ukrainekrieg und seine Folgen für die Schweiz bildeten einen wesentlichen Schwerpunkt der Tätigkeit der Städteinitiative im Jahr 2022, so wurde unter anderem ein Positionspapier erarbeitet, das vom Städteverband verabschiedet und publiziert wurde.

Ein weiterer politischer Schwerpunkt war die frühe Kindheit: Schon seit längerem wurde im Parlament über Verbesserungen bei der familienexternen Kinderbetreuung und deren Finanzierung diskutiert. Der Städteverband und die Städteinitiative Sozialpolitik wurden eng einbezogen und in der vorberatenden Kommission mehrfach angehört. Zusammen mit der SODK und dem Gemeindeverband konnten wichtige Aspekte eingebracht werden. Das neue Gesetz, das noch vom Parlament beraten werden muss, verfolgt zwei Hauptziele: Zum einen sollen alle Eltern, die ihre Kinder familienextern betreuen lassen, finanziell unterstützt werden. Zum anderen soll die Politik der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie der frühen Förderung von Kindern weiterentwickelt werden.

Die Städteinitiative Sozialpolitik engagierte sich zudem in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband in den folgenden Themen und Dossiers:

- Anpassung Sozialhilfeleistungen für Drittstaatsangehörige, Argumentarium und Vernehmlassung
- Nichtbezug von Sozialhilfe, Studie gemeinsam mit Charta Sozialhilfe und Eidgenössische Migrationskommission EKM
- Evaluation Status S, Position der Städte, Anhörung
- Erleichterte Einbürgerung, Position der Städte
- Resettlementprogramm des Bundes, Interessenvertretung der Städte
- Schuldbetreuung und Konkurs, Vernehmlassung
- Ergänzungsleistungen, Leistungen für Betreuung / betreutes Wohnen: Positionen
- Armut ist kein Verbrechen, Unterstützung der parlamentarischen Initiative
- Unsichtbare Armut, Gespräch mit Franziska Teuscher, Nicolas Galladé und Raphael Golta in «terra cognita» Ausgabe 39



- Teuerung und Auswirkungen auf das Sozialwesen, Faktenblatt
- Diskriminierung beim Familiennachzug, Vernehmlassung
- Modernisierung der schweizerischen Sozialhilfestatistik; Teilnahme in verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien.

Die Städteinitiative Sozialpolitik stellt mit ihren vielfältigen Aktivitäten, innovativen Projekten und zukunftsfähigen Lösungsansätzen sicher, dass städtische Sozialpolitik dank einer guten Einbettung ins politische und gesellschaftliche Gesamtsystem eine hohe Wirksamkeit erzielt.

Für die kommenden Jahre hat der Vorstand in der neuen Strategie die drei folgenden strategischen Schwerpunkte festgelegt:

- Soziale Sicherung im Gesamtsystem
- Weiterentwicklung der Sozialhilfe
- Umfassende Integration

2. Vorstand

Am 31. Dezember 2022 setzte sich der Vorstand aus den folgenden sieben Stadträtinnen und Stadträten zusammen:

- Mirjam Ballmer, Fribourg, Grüne, seit 2021
- Nicolas Galladé, Winterthur, Präsident, SP, seit 2010
- Raphael Golta, Zürich, SP, seit 2014
- Sonja Lüthi, St. Gallen, GLP, seit 2018
- Martin Merki, Luzern, FDP, seit 2012
- Émilie Moeschler, Lausanne, Vizepräsidentin, SP, seit 2021
- Franziska Teuscher, Bern, Grüne, seit 2013

Beisitzerinnen und Beisitzer ohne Stimmrecht:

- Franziska Ehrler, Leiterin Gesellschaftspolitik Schweiz. Städteverband
- Regine Hoffmann, Horgen, Vorsitz AG LA
- Thomas Birchler AG Kennzahlen / Stv. AG LA
- Christine Winkler, Coordination Romandie
- Katharina Rüegg, Geschäftsführerin

2022 fanden insgesamt vier Vorstandssitzungen und eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte statt.

Die Vorstandssitzungen wurden auch genutzt, um den Austausch mit anderen Organisationen zu pflegen, so waren Vertretungen von Artias, Procap und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zu Gast.

3. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle verantwortete die Planung und Kommunikation der Geschäfte, Konferenzen und Mitgliederversammlungen sowie die Erarbeitung von Positionspapieren und Vernehmlassungen. Als Geschäftsführerin amtiert Katharina Rüegg, Winterthur.



2022 lancierte die Geschäftsstelle einen neuen Newsletter, um die Information der Mitglieder zu professionalisieren. Der E-Mail-Newsletter erschien sechsmal im Jahr in einer deutschen und einer französischen Ausgabe.

4. Arbeitsgruppe und Ausschuss Leitende Angestellte

Der von der Coronakrise geprägte Jahresstart 2022 wurde durch den Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar als dominierendes Thema abgelöst. Die erste geplante Sitzung der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte wurde abgesagt, da die Teilnehmenden ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Organisation der Unterbringung und Betreuung von Schutzsuchenden aus der Ukraine richten mussten.

Am 1. Juli 2022 trafen sich die Leitenden Angestellten in Bern. Neben dem Referat von Co-Autor Jodok Läser und Co-Autorin Sarah Heiniger zur Studie «Gesundheit von Sozialhilfebeziehenden» wurde das Treffen genutzt, sich zur Ukraine-Krise und den Auswirkungen auf den Alltag im Sinne von «Best Practice» auszutauschen.

Die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte fand am 18. November 2022 in Luzern statt. Marc Dubach, Sektionschef Sozialhilfe des Bundesamtes für Statistik, präsentierte den aktuellen Stand zum Projekt Modernisierung der Sozialhilfestatistik. Das Vorhaben steht am Ende der Konzeptphase und wird in den Jahren 2023/2024 realisiert. Bernhard Heeb, Bereichsleiter Migration + Integration des Kantons Basel-Stadt, stellte sein Modell «Case Loader» vor. Ziel des Modells ist es, die Falllast pro Vollzeitäquivalent von Sozialarbeitenden in der Sozialberatung zu bestimmen und eine Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Sozialdiensten herzustellen. Ein weiteres Thema war das Winterthurer Modell zur Verhinderung von unrechtmässigem Sozialhilfebezug, welches Jacqueline Magnin, Soziale Dienste Stadt Winterthur, präsentierte.

Trix Gisler hat nach sieben Jahren Führung der Geschäftsstelle für die Arbeitsgruppe Leitende Angestellte auf Ende 2022 ihren Rücktritt eingereicht. Da Geschäftsstelle und Vorsitz idealerweise im gleichen Sozialdienst angesiedelt sind, hat Regine Hoffmann ebenfalls ihren Rücktritt als Vorsitzende per Ende 2022 bekannt gegeben. Thomas Birchler, Uster, stellte sich zur Verfügung, den Vorsitz der AG-LA ab 2023 zu übernehmen und auch den Fachsupport in Uster zu installieren. Die vom Ausschuss nominierten Personen wurden wie folgt in globo gewählt:

Präsidium: Thomas Birchler, Uster; Vizepräsidium: Vakant. Mitglieder des Ausschusses: Felix Föhn, Luzern, Sandra Walther, Dietikon, Ruedi Illes, Basel und Thomas Michel, Biel. Der Ausschuss der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte traf sich jeweils zur Vorbereitung der Arbeitsgruppensitzungen.

(Von Thomas Birchler, Februar 2023)

5. Sozialhilfe in Schweizer Städten – Kennzahlenbericht

Die Kennzahlen von 2021 – präsentiert an einer Medienkonferenz im Oktober 2022 – zeigten, dass die Sozialhilfe in den Städten stabil geblieben ist. In 11 von 14 Städten sind die Sozialhilfequoten gleichgeblieben oder gesunken. Die Corona-Pandemie hat nicht zu einer Erhöhung des Sozialhilfebezugs geführt.



Der Kennzahlenbericht legte 2022 den Fokus auf die Bildung. Personen mit geringer Bildung haben ein hohes Sozialhilferisiko. Mehr als die Hälfte der erwachsenen Sozialhilfebeziehenden (54,9 Prozent) verfügen nicht über einen anerkannten Berufsabschluss. In einer Befragung gaben 33 städtische Sozialdienste Auskunft, wo aus ihrer Sicht die Hindernisse für die Bildungsförderung liegen. Damit die Sozialhilfe konsequenter nach dem Prinzip «Arbeit dank Bildung» handeln kann, gilt es, die noch zahlreich vorhandenen Hürden abzubauen und Bildungsmassnahmen zu fördern.

6. Netzwerk Romandie

Am Vorabend der Herbstkonferenz in Fribourg luden die beiden Vorstandsmitglieder aus der frankophonen Schweiz, Emilie Moeschler und Mirjam Ballmer, zu einem Netzwerktreffen und Abendessen ein. Präsent waren Vertretungen aus Lausanne, Genf, Fribourg, Sion und Biel. Das Ziel, die Bedürfnisse der Mitglieder aus der Romandie besser zu erfassen und die Kontakte zu vertiefen, konnte aufgrund der geringen Teilnahme nur beschränkt erreicht werden.

Das Pilotprojekt zu den Sozialhilfekennzahlen Romandie, das 2019 zusammen mit der Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit, initiiert wurde, wurde 2022 mit den Städten Genf, Lausanne, Biel, La Chaux-de-Fonds, Fribourg, Sion, Neuchâtel, Yverdon-les-Bains und Morges weitergeführt.

7. Konferenzen

Die Frühlingskonferenz fand am 10. Juni 2022 in Basel statt zum Thema «Recht auf Wohnen – auch für Arme?». Die Bereitstellung von Wohnraum für benachteiligte Bevölkerungsgruppen gehört zu den grössten Herausforderungen städtischer Sozialpolitik. An der Konferenz referierte ein finnischer Experte über «Housing First» zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Ausserdem präsentierte die Stadt Basel ihre Analyse und ihr Vorgehen in Bezug auf soziales Wohnen. Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum wird für benachteiligte Menschen aufgrund des Bevölkerungswachstums und der steigenden Immobilienpreise immer schwieriger. In Fokus-Gruppen wurden weitere Lösungsansätze aus verschiedenen Städten präsentiert und diskutiert.

An der Herbstkonferenz vom 9. September 2022 in Freiburg / Fribourg hielt Bundesrat Alain Berset die Eröffnungsrede zum Thema sozialer Zusammenhalt in städtischen Quartieren. Die Konferenz erkundete, welche Entwicklungen in den Quartieren möglich werden, wenn Stadtplanung, Digitalisierung und Sozialpolitik Hand in Hand gehen. Mehrere Städte präsentieren neue Ansätze der sozialen Quartierarbeit, und wie sie die Inklusion unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen fördern.

Das SKOS-Forum, das jeweils gemeinsam mit den Leitenden Angestellten der Städteinitiative organisiert wird, stand unter dem Thema der sozialen Nachhaltigkeit am Vorbild der Agenda 2030. Die Tagung befasste sich mit der dauerhaften Stabilisierung von Klienten durch Soziale Arbeit und fand am 22. September online statt.

8. Arbeit in und Zusammenarbeit mit (sozial-)politischen Gremien

Die Städteinitiative ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands. Die Zusammenarbeit ist sehr eng, namentlich in Kontakten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung.



In den folgenden Verbänden, Gremien und Projekten hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz; teilweise als Delegierte des Schweizerischen Städteverbandes:

- Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (Vorstand und Beratende Kommission Beko)
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit (Steuerungsgremium, Entwicklungs- und Koordinationsgremium)
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
- Nationale Plattform gegen Armut (Begleitgruppe und Projektgruppen)
- Nationales Armutsmonitoring
- Nationaler Dialog Sozialpolitik
- Charta Sozialhilfe
- Modernisierung der Schweizerischen Sozialhilfestatistik (Steuergruppe und Arbeitsgruppen)
- AG Monitoring Asyl
- Arbeitsgruppe Resettlement
- European Social Network

Eine gute Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik auch mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Arbeitgeberverband.

9. Mitgliederbestand 2022

Total Mitglieder per 31.12.2022:	56
Total Eintritte:	0
Total Austritte:	0

Eintritt Olten per 1.1.2023

Allen Personen, die sich in irgendeiner Form für die Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik eingesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Städteinitiative Sozialpolitik
Nicolas Galladé, Präsident
Katharina Rüegg, Geschäftsführerin

Winterthur, März 2023